

Weser- Kurier

Ausgabe vom 30.08.2013

Lehrer rechnen mit Rot-Grün ab

Von PETER MLODOCH

Hannover. Ihre Argumente darf Niedersachsens Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) auf der großen Lehrer-Demonstration nicht vortragen. „Das ist unsere Veranstaltung“, erklärt der Chef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhard Brandt. „Hier reden wir, und die Politiker müssen zuhören.“ Für die Ministerin bedeutet das erst einmal ein Pfeifkonzert und Pfui-Rufe. „Wortbruch“ und „Betrug“ werfen ihr die zunächst rund 3000 Protestierer per Plakat auf der Straße vor dem Kultus- und dem Finanzministerium vor. „Heiligenstadt setzt die Gymnasien matt“, heißt es auf einem in die Höhe gereckten Schild.

Mehrere Tausend Lehrer protestieren in Hannover gegen Mehrarbeit für Gymnasiallehrer und den Wegfall der Stundenermäßigung für ältere Kollegen. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) verteidigt die Pläne; rot-grüne Abgeordnete deuten unterdessen aber bereits ein mögliches Einlenken in den anstehenden Haushaltsberatungen an.

Eine Stunde mehr pro Woche sollen die Gymnasiallehrer künftig unterrichten, mit dann 24,5 Stunden liegen sie im bundesweiten Vergleich immer noch im unteren Mittelfeld. So hatte es die rot-grüne Regierung vor wenigen Wochen beschlossen. Gleichzeitig soll eine geplante Altersermäßigung von einer Wochenstunde für Lehrer ab 55 Jahre und von zwei Stunden ab 60 Jahre entfallen. Dadurch sollen rechnerisch insgesamt rund 1800 Lehrerstellen frei für andere Aufgaben werden, insbesondere für den Ausbau der Ganztagsbetreuung und für die Inklusion, den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern.

„Das hätte ich gerne persönlich erklärt“, sagt Heiligenstadt nach ihrer Ausladung von der Kundgebung unserer Zeitung. Aber die Position der rot-grünen Landesregierung sei auch so hinreichend bekannt, ihre kurz zuvor im Landtag gehaltene Rede im Internet abrufbar. „Die Haushaltsberatungen beginnen im September“, meint die Ministerin dann noch, will dies aber nicht als Anzeichen für ein mögliches Einlenken verstanden wissen. Immerhin hat die Schulexpertin des grünen Koalitionspartners, Ina Korter, bereits angedeutet, dass man noch über die Altersermäßigung reden müsse. Schließlich könne diese ein Instrument sein, damit Lehrer tatsächlich bis zur auf 67 Jahre heraufgesetzten Pensionsgrenze gute Schule machten.

Ein Entgegenkommen in diesem Punkt schließen offenbar auch die Genossen nicht mehr völlig aus: „Das Ganze geht ja noch in die Fraktionen“, sagt der SPD-Abgeordnete Claus Peter Poppe vieldeutig. „Der Rahmen muss insgesamt aber stimmen.“

Die Lehrer im inzwischen auf weit mehr als 8000 Teilnehmer angewachsenen Demonstrationzug zum Landtag bekommen von diesem Polit-Geplänkel im Hintergrund nichts mit; sie skandieren ihr Motto „So nicht, Rot-Grün“. In ungewohnter Einigkeit fordern auch die Funktionäre von GEW, Philologenverband und Realschullehrer-Vereinigung die Rücknahme der rot-grünen Regierungsbeschlüsse. Das wiederum betrachten andere Staatsdiener durchaus mit Sorge. „Nicht, dass das Geld dann bei den Tarifierhöhungen für Beamte eingespart wird“, mahnt ein Zaungast der Proteste.

Im Landtag dagegen können sich die Lehrer der vollen Unterstützung durch die Opposition sicher sein. „Sie treten den Lehrern in den Rücken“, ruft CDU-Schulexperte Kai Seefried der Regierung zu. Die Mehrarbeit für Gymnasiallehrer habe System; Rot-Grün verlagere immer mehr Geld und Kräfte an die Gesamtschulen. „So trocknet man die Gymnasien Stück für Stück aus.“

Von „Verrat“ und von „Ausbeutung“ sprechen die Liberalen. Ein Hohn sei es, wenn Ressortchefin Heiligenstadt die neuen Belastungen als „vertretbar und verkraftbar“ bezeichne, schimpft FDP-Mann Björn Försterling. „Frau Ministerin, Sie haben keine Ahnung, wie es in den Schulen aussieht.“